

Ercheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle andern 30 Pf. pro
3gespaltene Zeitszeile

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 10 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 11. März 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Im Dienste der Nation. — Streits und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion. — Bilderschau. — Adressenänderungen. — Veranlassungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 13. bis 19. März ist der 11. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger wie fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Berlin. Die Dreibriemensattler stehen in einer allgemeinen Lohnbewegung. Etwaige Arbeitsangebote sind daher zurückzuweisen und Zugang ist streng fernzuhalten.

Stuttgart. Bei der Firma Nördlinger und Pollok bestehen Tarifdifferenzen. Arbeitsangebote sind nur nach Anfrage bei der dortigen Ortsverwaltung zu berücksichtigen.

Ausland.

Basel. Der hiesige Platz ist für Sattler aller Branchen gesperrt und daher streng zu meiden.

Zürich. Die Firma Karl Wehling & Cie., Reiseartikel und Kofferfabrik in Zürich III, Manessenstr. 196, ist für Sattler und Hilfsarbeiter gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Obernöthwil (Schweiz). Die Gerberei und Riemenfabrik von Pesti & Cie. ist gesperrt und Zugang von Riemenstoffern strengstens fernzuhalten.

Wien. Die Dreibriemensattler Leuhart und Wägerbauer ist gesperrt. Gesperrt sind ferner in Pardubitz Werkstat Gladna, Prag die Firma Stein & Freund und in Karlsbad die Firma Hofherr.

Raas und Kaschau. Die Firma Zeilshan und Frankenstein, Lederwarenfabrik, ist nach wie vor gesperrt.

Im Dienste der Nation.

Das Wahlrechtskompromiß des Zentrums mit den Konservativen in Preußen, der die direkte und öffentliche Massenwahl des Regierungsentwurfs ersetzt durch die indirekte geheime Urwahl nach Klassen mit öffentlicher Abstimmung der Wahlmänner, bedeutet eine so offensbare Verschlechterung der gegenwärtigen Aussichten der Wahlrechtsreform, daß die ärgsten Reaktionen sich vor Vergnügen die Hände reiben, während die Wahlrechtsbewegung an Umfang und Leidenschaftlichkeit von Tag zu Tag zunimmt. Im „Tag“ kennzeichnet der freikonserervative Abgeordnete Bedlich das Kompromiß als taktisches Meisterstück und als einen großen Wurf der konservativen Parteileitung und erklärt: „Die Wahl der Abgeordneten durch Wahlmänner in

öffentlicher Abstimmung beugt einer Verschlechterung ihrer Wahlausichten vor. Unter diesem Gesichtspunkte ist ungewiss, für sie das Wahlkompromiß vorteilhafter als die öffentliche und direkte Wahl nach der Regierungsvorlage. Daß es trotzdem den Anschein einer weitgehenden Konzession hat als diese, wird gleichfalls als ein Vorteil anzusehen sein.“ So stellt sich das Wahlrechtskompromiß des Zentrums in Effekt dar als eine neue Stütze des junkerlich-agrarischen Hebergewichts im preussischen Landtage, als dauernde Verankerung der ärgsten Reaktionäre. Nicht um eine Reform handelt es sich, die den Hebergang zum Reichstagswahlrecht einbahnt, sondern um eine Befestigung des Dreiklassenwahlrechts, das die Vermitteln entrechtet. Denn jede wirkliche Wahlrechtsreform müßte gegen die Konservativen gemacht werden und konnte nur mit Hilfe der linken Parteien zustande kommen. Jedes Kompromiß mit den Konservativen besorgt die Geschäfte der Junker und verschlechtert die Aussichten der Reformbewegung. Das Zentrum hat sich mit dieser konservativen Verbrüderung als ein Feind der Wahlrechtsreform, als Anhänger des Dreiklassenwahlrechts entpuppt. — darüber helfen alle Beteuerungen von praktischer Reformarbeit nicht hinweg.

Das Ergebnis dieses Wahlrechtschadens wird sein, daß die Arbeiter aufs neue um das gleiche und direkte Wahlrecht betrogen werden und daß selbst das als Scheintongestaltung gewährte geheime Wahlrecht der Urwähler entwertet wird durch die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner. Es werden alle Knoten derartig geschürzt werden, daß nur die reaktionären Parteien beim Wahlsitzungserfolge haben. Ein Sechstel der Reichstagen und Wohlhabendsten der Nation wird auch künftig die übrigen fünf Sechstel, die die Arbeit der Nation repräsentieren, entrichten und beherrschen. Das ist das Los der Arbeit, — jene gottgegebene Abhängigkeit, aus der sich, wie Herr v. Bethmann Hollweg in seiner Abgeordnetenhausrede erklärte, unser ganzes Leben zusammensetzt — das wird ihr Los bleiben, so lange die Nation der Arbeit sich nicht auf ihre Würde und Rechte besinnt und die Nation des Besitzes in die ihr nach Zahl und Verdienst gebührende Stellung zurückweist.

Was leistet die entrechtete Arbeit im Dienste der Nation und was leistet der Besitz? Das ist die Frage, die sich jedem in diesem Wahlrechtskampfe, angesichts der von Konservativen und Zentrum verteidigten Privilegien des Besitzes aufdrängt. Sind die Arbeiter, die Angestellten, die Kleinhandwerker und Kleinbauern wirklich nicht wert, gleichberechtigt im Staatsweien mitzuarbeiten, bloß weil sie weniger Steuern zahlen? Wer ist es denn anders, als die Nation der Arbeit, die den Klassen des Besitzes ihren Rammon schaffte! Von 1900 bis 1908 hat in Preußen das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen sich von 63,8 auf 91,6 Milliarden Mark, also um 27,8 Milliarden Mark vermehrt. Diese kolossale Steigerung, von der 20,2 Milliarden Mark auf die Städte und nur 7,6 Milliarden auf das Land entfallen, ist in erster Linie der industriellen Arbeit zu danken, die die Grundlage des Nationalwohlstandes ist. Woher diese bedeutende Steigerung sich erklärt, zeigen uns die Ziffern der gewerblichen Lohnstatistik der Unfallberufsgenossenschaften. Von 1900 bis 1908 stieg der Durchschnittslohn pro Vollarbeiter von 896,59 Mk. auf 1073,59

Mark oder um 19,7 Proz. In der gleichen Zeit hob sich das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen von 70,042 auf 91,653 Milliarden Mark oder um 30,9 Proz. Die Steigerung der Lohnsumme der Arbeit blieb um ein volles Drittel hinter der Zunahme der ergänzungssteuerpflichtigen Vermögen zurück, d. h. die Arbeiterklasse hat nicht in gleichem Maße an der Hebung des Nationalwohlstandes Anteil nehmen können, wie die besitzenden Klassen, die den Löwenanteil der Gewinne des Wirtschaftsaufschwunges an sich rissen. Dafür durfte indes die Arbeiterklasse die Opfer des Wirtschaftskampfes in vollem Umfange auf sich nehmen. Die Opfer der Besitzenden wiegen gering. Es finden wohl Vermögensverschiebungen zwischen den einzelnen Personen statt, — aber die Klasse der Unternehmer als solche bringt keine Opfer, — sie heimt nur die Gewinne der Volkswirtschaft ein. Den Arbeitern dagegen bürdet die nationale Wirtschaft gewaltige Opfer an Leben und Gesundheit, sowie Entbehrungen auf. — Opfer, die alles übersteigen, was die Nation jemals von ihrer Gesamtheit oder einer Klasse gefordert hat.

Der deutsch-französische Krieg kostete dem deutschen Volk 40 000 Tote und 129 000 Verwundete, — ein Opfer, das der nationalen Sache gebracht wurde ohne Unterschied der Bevölkerungsklasse und das allein schon ausreichen sollte, alle Klassenunterschiede im politischen Staatsleben zu beseitigen. Aber das Jahr 1908 brachte der deutschen Arbeiterklasse aus dem wirtschaftlichen Schlachtfeld allem 662 321 Verletzte, davon 9856 Tote und 142 965 Schwerverwundete, die länger als 13 Wochen erwerbsunfähig waren. 1160 bleiben zeitweilen völlig erwerbsunfähig, also Krüppel im vollsten Sinne des Wortes; 57 410 wurden zu teilweisen Invaliden, während 74 539 nach vorübergehender Erwerbsunfähigkeit wiederhergestellt wurden. Ein einziges Wirtschaftsjahr liefert mehr als fünfmal so viel Verwundete, 5 Jahre ebenso viel Tote, wie der an Opfern so reiche Krieg von 1870/71! Seit dem Jahre 1886, seit Bestehen der deutschen Unfallstatistik, bis 1908, also in 23 Jahren, hat Deutschlands Arbeiterklasse 8 1/2 Millionen Unfälle, darunter 2 Millionen schwere und 163 000 tödliche Verletzungen auf sich nehmen müssen, und nur der kleinste Teil dieses Unglücks ist ihr durch die Unfallversicherung entschädigt worden. Seit 1895 sind für Unfallentschädigungen 1,4 Milliarden Mark aufgewendet — in derselben Zeit stieg das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen allein in Preußen um 27,8 Milliarden Mark! Auf jeden Unfallrentner entfiel im Jahre 1908 eine Entschädigung von 210,44 Mark, — das steuerpflichtige Vermögen jedes Besitzers in Preußen wuchs von 1907 auf 1908 allein um das Sechsfache, um 1247 Mk. (von 59 751 auf 60 998 Mk.)! Hier steigende Opfer, — dort steigende Reichtümer! Und die Vertreter der Reichstümer sollen für alle Zukunft privilegiert sein, Preußen zu regieren, — die Repräsentanten der opfervollen Arbeit in alle Ewigkeit verbannt, entrechtet zu sein.

Aber die Unfallstatistik erschöpft bei weitem nicht die Opfer der Arbeit. Die deutsche Krankenkassenversicherung zählte im Jahre 1908 allein 5,2 Millionen erkrankte Arbeiter mit 103,9 Millionen unterrichteten Krankentagen und 85 594 Sterbefällen. Die Krankentassen entschädigen in der Regel nur die Hälfte des entgangenen Arbeitsverdienstes. Ein großer Teil dieser Erkrankungen steht mit der

Erwerbsarbeit in unerschlichen Zusammenhang, das haben die deutschen Krankenkassenkongresse wiederholt betont. Von 1888—1908, in 24 Jahren, betrug die Zahl der Erkrankungsfälle 74,5 Millionen, die der Erkrankungstage 1343,9 Millionen, die der Sterbefälle nahezu 1 1/2 Millionen. Wohlgemerkt, hier handelt es sich um die Massenmitglieder selbst, nicht um Erwerbstätige im Dienste der nationalen Wirtschaftsweise.

Und hinzu treten weiter die Opfer der Invalidität! Im Jahre 1908 wurden insgesamt 139 789 Renten anerkannt. — die Zahl der abgelehnten Rentenansprüche dürfte nicht viel kleiner sein! Von 1891—1908 sind nahezu 2,2 Millionen Invaliden, Alters- und Krankenrenten anerkannt worden, im Jahresdurchschnitt über 120 000. Die Zahl wäre bei weitem größer (1903 waren es circa 175 000), wenn nicht seit Jahren auf eine Ersparnis an Renten hingearbeitet worden wäre.

862321 Berufslufter, 139789 Invaliden und 5,2 Millionen Erkrankte, das sind die Opfer der Arbeiterklasse in einem einzigen Wirtschaftsjahr (1908)! Was wiegen die Opfer eines Kriegsjahres, und mag der Krieg noch so grausig gewesen sein, gegen die Unsummen von Weib und Kind, die der Wirtschaftskampf der Nation seiner Arbeiterklasse auferlegt. Es ehrt das Reich, daß es durch Einführung der Arbeiterversicherung seine alternativen Pflicht gegen die Arbeiter wenigstens teilweise erfüllt. Aber sind die Arbeiter, die Leben und Gesundheit tagtäglich zur höchsten Ehre der Nation in der Schanzschlagen, weniger würdig, mitzutragen in der Volksernte, als die Weiblichen, die kein Opfer kriegt und die lediglich Gewinne aus der Arbeit anderer einheimen? Sind die Arbeiter weniger würdig, als die Einjährigfreiwilligen, Reserveoffiziere und Militäranwärter, denen der Regierungsentwurf ein gebührendes Wahlrecht zuerkannt?

Und noch immer sind die Opfer der Arbeit nicht erschöpft. Zu den Erwerbsunfähigen kommt noch das große Heer der Arbeitslosen, denen die nationale Wirtschaftsweise immense Verluste an Erwerbsbeimbuße aufnötigt. Eine Reichsarbeitslosen-zählung vom Jahre 1896 ergab an einem Dezember-tage 553 000 Arbeitslose — es war ein Jahr des beginnenden Wirtschaftsaufschwunges und ein Tag mittlerer Arbeitslosigkeit. Das Kriegsjahr 1901 dürfte reichlich den doppelten Tagesstand an Arbeitslosen ergeben haben. Die Summen, die die deutschen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung verausgaben (1908: 9,3 Millionen Mark), geben nur einen schwachen Begriff dieser Opfer; es waren die Summen, die die Arbeiterschaft aus eigenen Mitteln aufbrachte, um die Opfer der Arbeitslosigkeit wenigstens nicht ganz im Elend versinken zu lassen. Wer zählt die Opfer, die nicht unterstützt werden konnten, — wer die Tränen, die ungestillt blieben, die Klagen, die niemand hörte?

Und während die Arbeiterklasse Tag für Tag und Jahr um Jahr Gut und Blut in die Hände der Nation opfert, während ihr Ruf nach Gleichberechtigung ungehört verhallt, wächst der Nationalreichtum ins Riesenhafte und die Besitzenden schleichen ihnen hochladend die Tür der Gesehgebung vor der Nase zu. Wer will es ihnen, den Entrechteten, den wirklichen Schöpfern aller Werte, den eigentlichen Trägern des Staatsweins, verdienen, wenn sie ungestüm an den Parlaments-türen rütteln und die öffentliche Meinung wahrnehmen, um gleiches Recht für alle im Lande durchzusetzen? Man unterschätze nicht die Wirkung dieses Appells an das Volksgewissen! Es gibt keine Macht, die einem Volke widerstehen könnte, das kategorisch sein Recht verlangt. Die preussische Wahlrechtsbewegung repräsentiert bereits die Mehrheit des preussischen Volkes, — sie ist der wahre Repräsentant der Nation. Sie wird nicht ruhen und rasten, ehe nicht die Gleichberechtigung aller Staatsbürger anerkannt und das Klassenwahlrecht beseitigt ist!

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Lohnbewegung der Nürnberger Treibriemenfäher und der Buchdruck- und Lithographie-walzenarbeiter wurde durch Abschluß von Tarifverträgen, die vom 1. März 1910 bis 29. Februar 1913 laufen, beendet. Für die Bewegung der Treibriemenfäher kamen 6 Betriebe mit insgesamt 22 Arbeitern in Betracht. Der Lohn schwankte zwischen 35 Pf. und 44 Pf. pro Stunde, darüber hinaus verdiente niemand. In 2 Betrieben mit 4 Arbeitern wurde 60 Stunden, in 2 Betrieben mit 9 Arbeitern wurde 59 Stunden, in einem Betriebe mit 3 Arbeitern wurde 57 Stunden und in einem Betriebe mit 6 Arbeitern wurde 56 Stunden die Woche gearbeitet. Für die beiden letztgenannten Betriebe kommt die Treibriemenfabrikation nur als geringfügiger Nebenbetrieb in Betracht. In einem

arbeiten ca. 50 Gerber, in dem anderen fast ebenso viel Holz- und Metallarbeiter. Die 57stündige Arbeitszeit wurde als Maximalzeit mit der Bestimmung festgesetzt, daß da, wo eine längere bereits eingeführt, diese nicht verringert werden darf. An den Sonnabenden muß eine Stunde und an den Vorabenden vor Eiern, Pfingsten und Weihnachten noch eine weitere Stunde früher wie sonst Feierabend gemacht werden, ohne daß am Lohne etwas in Abzug gebracht werden darf. Das gleiche gilt für Zeitverräumnisse bei Kontrollversammlungen. Für Überstunden wurde bisher kein oder ein nur geringer Zuschlag gewährt. Jetzt müssen diese mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. vergütet werden. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis zu Beginn des neuen Arbeitstages. Für Montagearbeiten erheben die Treibriemenfäher nur in einem Betriebe eine angemessene Entschädigung. In den übrigen Betrieben müßten sie sich für 50 Pf. pro Tag befähigen. Auch Warte- und Fahrzeiten wurden nicht bezahlt. Jetzt muß auf auswärtige Montage für Wirtageffen 1,25 Mk., für Abendessen 1,25 Mk. und für Logis 1,50 Mk. gezahlt werden. Warte- und Fahrzeit wird wie die reguläre Arbeitszeit vergütet. Die Lohnzulage für 13 Arbeiter, die bisher 40 Pf. und weniger verdienten, beträgt 3 Pf. pro Stunde, die anderen 9 erhalten eine solche von 2 Pf. Am 1. März 1911 und am 1. März 1912 ist jedem Arbeiter eine weitere Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde zu gewähren. Werkzeug, Handtuch und Seife ist vom Unternehmer zu stellen. Eine paritätisch zusammengesetzte Schlichtungskommission hat die tariflichen Vereinbarungen zu überwachen.

Erfreulich günstiger gestalteten sich die tariflichen Abmachungen für die Buch- und Stein-druckwalzenfäher. Hier ist allerdings zu beachten, daß nur Spezialgeschäft in Betracht kommt. Die Arbeitszeit beträgt 53 Stunden, jedoch werden 54 Pf. bezahlt. In Bezug auf die Bezahlung für Überstunden und Zeitverräumnisse gelten dieselben Bestimmungen wie oben. Montagearbeit kommt nur am Orte selbst vor und wird die Stunde mit 10 Pf. extra vergütet. Gelehrte Sattler erhalten einen Mindestlohn von 42 Pf. pro Stunde, der jedoch nach 14-jähriger Beschäftigung auf 43 Pf. und nach einem halben Jahre auf 45 Pf. erhöht werden muß. Alle Sattler, die am 1. März d. J. 6 Monat im Betriebe beschäftigt sind, erhalten mindestens 45 Pf. Stunden-lohn, die bereits soviel und mehr hatten, bekommen eine Zulage von 2 Pf. Dem Wochenlohnarbeiter wurde der Lohn von 30,10 Mk. auf 32,50 Mk. erhöht. Ab 1. September 1910 beträgt der Mindestlohn 47 Pfennig und ab 1. März 1911 48 Pf. Der 1. Mai ist als Feiertag freigegeben. Alle Arbeiter, auch die Hilfsarbeiter, erhalten nach dreijähriger Beschäftigungsdauer einen Urlaub von drei Tagen, der sich alle zwei Jahre um einen Tag, bis zur Höchstdauer von 6 Tagen, bei voller Bezahlung, gewährt. Blaue Anzüge, Werkzeug, Seife und Handtuch stellt der Unternehmer.

In Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise und der bereits bestehenden höheren Entlohnungen in anderen Branchen und an anderen Orten, ist der Erfolg der Treibriemenfäher Nürnbergers als sehr bescheiden zu bezeichnen. Aber es ist immerhin ein Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, als es das erstmal ist, daß die Treibriemenfäher geschlossen vorgegangen sind. Hoffentlich hält die Einmütigkeit und die Einigkeit der Kollegen auf die Dauer an, dann wird sich eine weitere Lohnhöhung auch während des Tarifvertrages ermöglichen lassen.

Schwäb. Lederarbeiterverband. Wir werden durch das Verhalten der Sattlermeister gezwungen, den Platz Wasel für Sattler zu sperren. Im vergangenen Jahre fanden die dortigen Sattler-gesellen in einer Bewegung. Ungünstiger Verhältnisse halber mußte die Bewegung dann abgebrochen werden. Unter der Protection des Oberstadtschmieders Lehensfäher wurde den Arbeitern eine günstigeren Werkstattdordnung ertrotzt. Noch mehr! Sattlermeister Spahr wurde durch den Meisterverein gezwungen, in seiner Werkstatt die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, was dieser auch befolgte. Damit war der Kampf eröffnet und die Gehilfen gezwungen, neuerdings in eine Bewegung einzutreten. Die Gehilfen beschlossen einmütig, diesen Kampf einmal auszufechten und bis zum Siege durchzuführen. Zugun ist deshalb streng ferngehalten. Kein Geschirr, Wagen- oder Kleinfahrzeugsattler nehme in Wasel Arbeit an, bevor der Kampf beendet ist!

Der Zentralvorstand.

Aus unserem Beruf.

Die Firma **Dank Schier**, Berlin, teilt uns, bezugnehmend auf unsere Notiz in Nr. 8 unserer Zeitung berichtend mit, daß Herr Rosenthal niemals, weder zu Anfang noch später, Geldgeber der Firma Schier gewesen ist. Nur vor etwa 2 Jahren habe Herr Rosenthal der Firma

1100 Mk. (einhundert) zur Aufbeahrung als Wohnung und das Geld in seiner (Rosenthal's) Wohnung nicht genügend sicher aufbewahrt werden konnte!!

Dieser der uns interessierende Teil des Briefes der Firma Schier. Auf die sonstigen um Verleihen enthaltenen Vorwürfe gegen Herrn Rosenthal, die rein persönlicher Natur sind, einzugehen, halten wir für überflüssig. Bemerkten wollen wir aber gegenüber Herrn Schiers irriger Annahme, wir hätten unsere Information von Herrn Rosenthal erhalten, daß wir weder früher noch in letzter Zeit, weder direkt noch indirekt von Herrn Rosenthal in dieser Angelegenheit irgendwelche Auskünfte erhalten oder erhalten haben.

Korrespondenzen.

Wagen i. B. (E. 1. 3.) In der am Sonnabend, den 26. Februar, stattgefundenen Mitglieder-versammlung ergriffte der Kartelldelegierte seinen Bericht, woran sich eine rege Diskussion schloß, da sich die meisten Mitglieder mit den Arbeiten des hiesigen Kartells nicht einverstanden erklärten konnten. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Knebel gewählt. Nachdem noch unter „Verschiedenes“ einige Verhältnisseverhältnisse zur Sprache gekommen waren, schloß der Vorsitzende gegen 12 Uhr die gutbesuchte Versammlung.

Leipzig. (E. 1. 3.) In der am 22. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung lautete die Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Tarifverträge und ist ihre gesetzliche Regelung wünschenswert? 2. Verschiedenes. Auf Antrag wurde beschlossen, als dritten Punkt eine nochmalige Aussprache über die Beendigung des Heineischen Streits stattfinden zu lassen. In seinem Referat jagte Kollege Weinschild: Tarife seien keine Friedensdokumente, doch wären sie geeignet, bei niedrigerer Konjunktur Verschlechterungen zu verhindern. Vielmehr waren Tarife als ein Rahmen, innerhalb welchem sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer über ihre Rechte und Pflichten klar werden, zu betrachten. Beim Abschluß von Tarifen müsse § 152 der Gewerbeordnung ausgeschaltet werden, sonst hänge die Tarife in der Luft und können Tarifbrecher nicht ergriffen werden gemacht werden. Von unseren jetzigen Gesetzbüchern, dem Schnapsblod, sei eine den Arbeitern günstige Gesetzgebung nicht zu erwarten, dazu wäre eine Mehrheit von Vertretern der Arbeiter nötig. Habe doch unser neuer Reichstangler im Reichstage gesagt, „er stehe der Frage sympathisch gegenüber“, und im preussischen Landtage erklärt: „die gesetzliche Regelung dieser Materie sei nicht so dringend“. Besondere Wert sei darauf zu legen, daß Tarife als ersichtlich zu gelten haben. In der nun beginnenden lebhaften Debatte kam die Ansicht der Leipziger Kollegen dahin zum Ausdruck, daß sie sich nicht für Tarife erwärmen könnten, da diese so oft durchbrochen würden, wie Kollege Weinschild in der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ selbst geschrieben habe. Auch seien die Unternehmer bemüht, die Tarife zur Anhebung der Arbeiter zu benutzen, auf keinen Fall wollen wir in das Schlepptau eines Reichstanges genommen werden. Damit war für Leipzig bis auf weiteres die Tariffrage erledigt. Die nun beginnende lebhafte Debatte über die Beendigung des Streits bei Heine konnte des nächsten Tages wegen nicht zu Ende geführt werden, da um 12 Uhr die Versammlung geschlossen werden mußte.

Halle a. S. (E. 7. 3.) Am 26. Februar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des zweiten Gewerkschaftssekretärs über: „Arbeitslosenversicherung“. 2. Wahl eines neuen Kassierers und Schriftführers. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt erhielt Genosse Kleck das Wort und führte kurz wiedergegeben etwa folgendes aus: Es ist statistisch nachgewiesen, daß während der letzten Jahre die Gesetzgebung, auch die Sittlichkeitsgesetze, häufiger als sonst übertreten worden sind, was zum Teil aus der ungeheuren Arbeitslosigkeit erklärlich ist. Durch das Massenangebot von Arbeitskräften ver-lodt, reduzierten die Arbeitgeber dann die Löhne im höchsten Maße. Weibliche Arbeitskräfte werden mehr eingestellt, weil selbige für weniger Lohn die gleichen Arbeiten verrichten; die Handlungsgesellen-Verbände, mit Ausnahme der Gewerkschaft, sind große Gegner der weiblichen Arbeitskräfte. Wir sind ja nicht grundsätzliche Gegner der Frauennarbeit, aber wir fordern, daß den weiblichen Arbeitskräften derselbe Lohn gezahlt wird wie den männlichen. Ferner ist nachgewiesen, daß die Krankheitsfälle in diesen Krisenzeiten sehr überhand nehmen. Dies ist lediglich auf die Unterernährung, sowie dürftige Kleidung und mangelnde Feuerung zurückzuführen. Auch nehmen Arbeitslose diese Zeit wahr, um die in sich heftenden Krankheiten zu kurieren, weil sie

jetzt die beste Zeit dazu haben, somit werden die Krankenaffen ganz besonders in Anspruch genommen. Man hat nun die Absicht, diese Kräfte mit der Zeit abzuschaufen oder doch abzumöhen. In letzter Zeit ist man auf den Versicherungsgeboten gekommen. Dieser gründet sich darauf, daß man gedenkt, die Kräfte gemeinsam zu lindern. Dieser Gedanke umfaßt heute die ganze Kulturwelt. Vor zirka 25 Jahren wurde die zwangsweise Versicherung gegen Krankheit und Invalidität in Deutschland eingeführt, worauf jeder Versicherte einen kläglichen Anspruch hat. Wie kann man dieses Problem nun fördern? und wie kann im Reiche eine Arbeitslosenversicherung eingeführt werden? Im Jahre 1903 beschäftigte sich der Reichstag schon mit der Arbeitslosenversicherung, durch ein Gesetz sollten die Arbeiter zu dieser Versicherung gezwungen werden, wie bei der Kranken- und Invalidenversicherung. Die Regierung stellte diese Sache einstweilen zurück, jedoch sollte eine Denkschrift herausgegeben werden, welche 3 Jahre später tatsächlich auch erschien. Die Regierung verlangte, daß die Arbeitsnachweise besser eingerichtet werden, damit würde die Arbeitslosigkeit schon verringert werden. Von konservativer Seite aus wurde damals im Reichstage gesagt, daß eine solche Versicherung nur eine Faulheitsstärkung sei. Professor Sieda-Weipzig (bürgerlicher Sozialist) behauptet: 1. Daß die Arbeitslosigkeit bei Saisonarbeitern überhaupt nicht abzumöhen sei, und man solle in der Saison für die Arbeitslosigkeit sparen. 2. Müßten die Arbeitsnachweise besser funktionieren. 3. Brauchte die Arbeitslosenversicherung Summen, welche nie aufgebracht werden könnten. Eine Statistik des Genossenschaftlichen zeigt, daß eine Unterstützung von 2 Mk. pro Tag im vergangenen Jahre eine Summe von zirka 220 Millionen Mark erfordert hätte. Eine andere Statistik von Professor Sieda-Weipzig, welcher pro Tag 1 Mk. berechnete, weist eine Summe von 144 Millionen Mark auf.

Wenn man die Resultate dieser beiden Statistiken vergleicht, so deuten sich die Ergebnisse so ziemlich. Man kann nun mit Bestimmtheit sagen, daß diese Summe sehr wohl aufgebracht werden kann. Werden doch von der Invalidenversicherung allein 240 Millionen jährlich aufgebracht. Schlägt man doch in einem Jahre 500 Millionen Mark neue Steuern auf den Rücken des Volkes und gibt jährlich 700 Millionen Mark für den Militarismus aus. Zu bemerken sei noch, daß sich verschiedene Gewerkschaftsvereine mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigt haben. Nun hat die Arbeitslosenversicherung drei Richtungen angenommen: 1. Genossenschaftliche steht auf dem Standpunkt, eine Arbeitslosenversicherung einzuführen. 2. Die zweite Richtung geht dahin, mit Hilfe der Beiträge die Arbeitslosenversicherung auf die Kranken- und Invalidenversicherung aufzubauen oder das Genossenschaftliche einzuführen, welches in Belgien Landesgesetz ist und bei uns im allgemeinen in gutem Ansehen steht. 3. Die Versicherung den Gemeinden in die Hand zu geben und die Arbeiter zwangsweise der Versicherung anzugliedern. Im Jahre 1910 soll nun in Paris ein Kongreß von bürgerlichen Sozialpolitikern stattfinden, welcher sich mit dieser Frage beschäftigen wird. Es steht aber nun fest, daß nur durch unsere Kritik sich die Bürgerlichen veranlaßt sehen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Hiermit schloß der Redner seinen lehrreichen Vortrag, welcher von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen worden war, was der Beifall am Schluß bewies.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurde auf Vorschlag des Vorstandes der Kollege Hüfendorf als Kassierer gewählt. Kollege Träger sah sich auf Grund der Angriffe eines Vorstandsmitgliedes veranlaßt, seinen Kassen als Schriftführer niederzulegen. Als Schriftführer wurde auf Vorschlag des Vorstandes der Kollege Degner gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ gab Kollege Träger die Abrechnung vom Vergnügen, welches einen Ueberfluß von 6,17 Mark aufwies, bekannt. Kollege Sufenreiter forderte auf, alle Adressen der uns noch fernstehenden Kollegen festzustellen, um in 14 Tagen eine rege Hausagitation vorzunehmen, an welcher sich die Kollegen zahlreich beteiligen sollen. In das Agitationskomitee wurden die Kollegen Schödel und Jaumel neugewählt. Es wurden noch die Flugblätter und Aufnahmeformulare der Jugendorganisation ausgegeben und zur regen Agitation aufgefordert. Am Schluß macht der Vorsitzende auf die Mündelner Lohnbewegung aufmerksam.

Mitgliederversammlung (D. S.). (S. 7. 8.) Am Sonntag, den 20. v. M., nachmittags 3 Uhr, fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Gauleiter Bartsch aus Görlitz, welcher seit einigen Tagen im hiesigen Gebiet weilte, hielt seinen angekündigten Vortrag ab und sprach über: „Oberösterreichische Berufsverhältnisse“. Redner kam auf die seinerzeit ausgefüllten Fragebogen betreffend das Kost- und Logiswesen zu sprechen und bedauerte, daß man so wenig Gebrauch davon gemacht habe. Gerade hier sei

es notwendig, durch eine Statistik nachzuweisen, wie die Wohn- und Schlafverhältnisse beschaffen seien, ganz zu schweigen von der Entlohnung und der Lehrlingszucht einzelner Meister. — Man müsse nicht ohne ein gutgehendes Mitglied sein, sondern man muß sich auch den Anordnungen des Verbandes fügen. Bartsch freute sich auch den Vortragswechsel und bedauerte, daß es so gar nicht möglich sei, eine festbasierte Person hier zu finden, welche die Verbandsgeschäfte leitet, da auch jetzt schon der zweite Vorsitzende Oberösterreich den Rücken kehrt. Trotzdem müssen wir aber die Kollegen für uns gewinnen, um auch hier endlich etwas bessere Zustände zu schaffen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werde es auch in Kürze möglich sein, in Wien etwas zu schaffen, da wir auch dort Fuß gefaßt haben. Kollege Bartsch bedauerte die Interregionalität und Unhandigkeit der vielen Gruppen- und Sittenstättler, welche sich gewissermaßen im Beamtenverhältnis wägen und nur ihren Verdienst erhöhen durch „Heberbüchlein“ oder „Heberbüchlein schuften“. Auch für diese wäre es mal sehr notwendig, wenn sie zur Einsicht kämen und sich nicht immer durch die Vergewaltigung der Massen aus dem Feuer holen ließen. In der Agitation versprach Kollege Bartsch unter Hilfe aus Breslau durch den jetzt gewählten Agitationsleiter, Kollegen Fig. Man solle diesem Vertrauen entgegenbringen bei seinem Hiersein, und es wird nach und nach möglich sein, den größten Teil unserer Kollegen im hiesigen Gebiet zu einer anderen Denkungsart und Lebensauffassung zu bringen.

Als Vorsitzender wurde einstimmig Kollege K. Schwarzer, Kattowitz, Goethestr. 3, gewählt. Derselbe nahm die Wahl an und versprach, nach Kräften für die Werbung der Verwaltungsstelle zu sorgen.

Es wurde nun beschlossen, die Versammlungen dreiwöchentlich abzuhalten, und zwar Sonntags, abwechselnd in Königshütte und Kattowitz. Die Zustände bei dem Sattlermeister Krieger in Königshütte sowie die Schlafverhältnisse derselben, von denen sich unser Gauleiter selbst überzeugt hatte, wurden noch besprochen und werden später noch eingehender an dieser Stelle gewürdigt werden. Nach einem längeren Schlußwort des Kollegen Bartsch wurde die Versammlung geschlossen. Einige Maßnahmen waren schon vorher gemacht worden. Anschließend fand die Uebergabe an den neuen Vorsitzenden im Beisein mehrerer Kollegen statt.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. „Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus“, mit diesen Worten sind einzelne Vorlesungen im Reichsparlament, die sich in den nächsten Monaten immer weiter vermehren dürften, genügend gekennzeichnet. Wie wir an dieser Stelle schon erwähnten, rufen die Reichstagsarbeiten immer näher heran. Die einzelnen Abgeordneten und Parteien entziehen sich jetzt wieder denen, daß es „Wähler“ gibt, daß es ein Volk gibt, von dessen Willen ihre Wiederwahl abhängt.

Der Kampf um die Volksseele beginnt jetzt auch bei den Parteien, die sich sonst den Teufel um Volksbedürfnisse oder um Volkswünsche scheeren. Der „Neue Mann“ spielt jetzt im Reichstage eine große Rolle, ist er doch bei den Wahlen zum Reichstag ein bestimmender Faktor. So prügelten sich um den deutschen „Wauer“ Zentrum und Nationalliberale, Konservativen und Freisinnige im Reichstage, daß es eine wahre Lust war, zuzuhören. Hoffentlich wird es unseren Bauern nicht allzubiel schaden, daß sie so „heiß“ umworben werden.

Unzählige Sonderwünsche einzelner Wahlkreise wurden dem Herrn Minister des Innern, der immer noch auf der Antragsbank sitzt, zur Verächtlichung empfohlen. In diesen Einzelheiten und Kleinigkeiten verzweigte sich bei diesem umfangreichsten aller Messias die Debatte. Herr Hören vom Zentrum hielt die alljährlich einmal fällige Rede über die Nützlichkeit in Schrift und Bild. Ein anderer Zentrumsmann will die Zigeuner ausgerottet sehen, dieser fromme Wunsch begehrt sich merkwürdigerweise mit einem ebensolchen Wunsch des Herrn Felig Krub, der in der neuesten Nummer der „Deutschen Arbeiterbegehung“ geradezu wie ein Ochse brüllt, nur verlangt dieser „Edle“ nichts mehr und nichts weniger als die völlige Ausrottung der Sozialdemokraten, denn, so schreibt er, an Besserung dieser Elemente ist nicht zu denken. Die Parole müsse sein „nicht bekämpfen, sondern ausrotten!“

Auch des Kleinen, schwer um seine Existenz ringenden Heringsfischers gedachte man, dessen „Ausrottung“, die von den großkapitalistischen Fischdampfergesellschaften schnell und gründlich bejagt wird, nur noch eine Frage der Zeit ist.

Das Gland der Glasmacher und die tieferartigen Zustände in dem mährischen Glasbüttenbetriebe wurde von unseren Genossen gleichfalls einer eingehenden Besprechung gewürdigt. Eine äußerst lebhaft debattierte sich ein bei der Behandlung des Kapitels der Schiffsunfälle; daß eine Verbesserung der Aufsicht für unsere Schiffe notwendig ist, beweisen die häufigsten Unglücksfälle von Schiffen. Nach den Listen

des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1908 25 Dampfer und 44 Segelschiffe total verloren, teils durch Strandung, Zusammenstoß, Feuer, schweres Wetter, teils verholten, gesunken, verlaufen und kondemniert. In den Jahren von 1890 bis 1907 sind 10 918 Schiffe verunglückt mit einer Besatzung von 15 871 Personen und 2725 Passagieren. An Menschenleben gingen von der Besatzung 3742 Personen = 23,5 Proz. verloren, von den Passagieren 563 Personen = 20,6 Proz. Im Durchschnitt der 17 Jahre gingen jährlich 642 Schiffe mit einer Besatzung von 934 Personen und 160 Passagieren verloren, von denen 220 Mann der Besatzung und 30 Passagiere verunglückten.

Eine tieftraurige Erscheinung im Kapitel der Schiffswerte sind die verholtenen Schiffe. Niemand weiß, wo sie geblieben sind, keine Kunde kommt zu den monatlich in Hopen und Harren verholten Angehörigen. In den 16 Jahren von 1890 bis 1906 sind insgesamt 288 Segelschiffe und 64 Dampfer, also 352 Schiffe verholten. Die Mannschaft dieser verholtenen Schiffe bestand aus 2807 Personen nebst 94 Passagieren, die alle bis auf den letzten Mann ihr Grab im Meere gefunden haben. Im Durchschnitt der 16 Jahre sind also jährlich 22 Schiffe mit 175 Mann Besatzung und 6 Passagieren verholten.

Auch die chemische Industrie und ihre Giftkitten und menschenfressende Atmosphären standen wieder wie alljährlich auf der Antragsbank.

Auch über und gegen die Ausbeutung jugendlicher Arbeiter brachte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion ein reichhaltiges Material zusammen. Geradezu grauenerregende Einzelfälle von Ausbeutung und Vernichtung jugendlicher Arbeitskraft und Gesundheit wurden dem Reichstage wie der Regierung vor Augen geführt. Ein Gewerbeinspektor stellte fest, daß von 277 Kindern, die in dieser Industrie (Tabakindustrie Minden i. W.) beschäftigt werden, nicht weniger als 153 unter 10 Jahre alt sind! Ein Knabe zählt nicht einmal 6 Jahre und muß 8 Stunden täglich arbeiten! Ein zehnjähriger Knabe verdient pro Stunde 14 Pfennig. Zwei Fabrikanten wurden auch wegen dieser Ausbeutung der Kinder angeklagt. Der eine erhielt eine „Strafe“ von 3 Mk., der andere eine solche von 6 Mk. Derartig geringfügige Strafen für Leute, die die Kinder schänden! Da wären bedeutend stärkere Strafen am Plage. Die Gesundheit der Kinder wird durch diese Ausbeutung geradezu ruiniert.

Ein anderer Fall: Zwei noch nicht 10 Jahre alte Kinder arbeiten täglich 7 Stunden und verdienen 60 Pf. In einer anderen Werkstatt wurde ein sechs-jähriges Kind angestellt das bei vierstündiger Vormittagsarbeit täglich 5 Pf. verdiente.

In den Ziegeleibetrieben sind 1647 Kinder beschäftigt, davon 161 mit einer ungesunden Arbeitszeit. In zwei Ziegeleien wurden wieder von dem Forstinspektor Schlafräume für Arbeiterinnen angetroffen, in welche man nur durch die Schlafräume der Männer gelangen konnte. Es waren erst polizeiliche Strafverfügungen nötig, um das abzuändern. Der Forstinspektor von Potsdam stellte in einer Ziegelei fest, daß ein Kind für das Aufstellen von 1000 Wadsteinen mit 5 Pf. entlohnt wurde!

Und so geht es weiter! Das Ganze nichts als eine einzige Anklage gegen den jungen Menschenleider und -peiner verächtlichen Kapitalismus. Auch das Kapitel Säuglingssterblichkeit hängt mit der obigen Frage insolge der Erwerbsarbeit der Frauen eng zusammen.

Im preussischen Landtage geht man im Geschwindschritt der „Erledigung“ der Wahlrechtsgesetzfrage entgegen. Verbessert wird an dem Entwurf nichts mehr, weil die beiden, oder vielmehr die drei „maßgebenden“ Parteien, wie es scheint, verpflichtet haben, sich gegenseitig stets an derjenigen Verbesserung zu hindern, die die jeweilige Partei ihrem Programm entsprechend durchzuführen hätte. Und so wird der läbliche Zweck erreicht. Es bleibt vorläufig, wie es scheint, „alles beim Alten“.

Was das Volk ein Antwortwort sprechen wird. Das Grollen des heranziehenden Gewitters ist bereits laut und deutlich vernnehmbar. Trotz Polizei und Militär haben schon Furchen und Krüngen in Berlin am letzten Sonntag das Volk gehört und gesehen. — Der Berliner Polizeipräsident hatte sich nämlich als spottschlechter Straßensprecher erwiesen. Wie eine Glücke, die Enten ausgebrütet hat, die sich plötzlich im Wasser stürzen, vor Aufregung schier umkommen will, so war es Herrn von Jagow zumute, als die Meldung bei ihm eintraf: „Der Tiergarten ist von der roten Flut überschwemmt.“ Und am Trepptor Park, am entgegengesetzten Ende Berlins, da haben sich die Prätorianer die Füße in den Leib. Da warteten die alten „Gaubegen“ auf die bevorstehende Revolution.

Aber die Berliner und speziell die dortigen Sozialisten sind zu schadenfrohen Menschen, die Gesellschaft hat gelacht, vom Mittag bis zum Abend, — gelacht, — die ganze Nacht hindurch. Sie lacht noch und stimmt von frischem immer wieder ein in das Gelächter der Provinz, des Landes, ganz Europas, ja der ganzen Kulturwelt. — Lachen ist gesund!

Gewerbegerichtswahl in Breslau. Lediglich um den Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaften auf die gewerbliche Rechtsprechung zurückzubringen, ist auch in Breslau die Verhältniswahl eingeführt worden. Der verfochtene Zweck ist eud geschiehet, denn bei der nun zum ersten Male unter den neuen Bedingungen stattgefundenen Wahl fielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 7818 Stimmen, während das christliche Marcell nur 610 und die Kirch-Dunderschen Gewerbeverein gar nur 506 Stimmen aufbrachten. Demnach erhalten die freien Gewerkschaften 46, die Christlichen 4 und die Kirche 2 Weisiger.

Sind unter der Verhältniswahl den freien Gewerkschaften ganze 6 Arbeiterstimme abgenommen worden, so ziehen an diese Stelle nun zum ersten Male 13 sozialdemokratische Arbeitgeber beim Gewerbegericht ein, während bisher die Rünftler allein die Arbeitgeberweisiger stellten.

Schaunmachung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Verwaltungskstelle Leipzig wurden die Mitglieder Hermann Nierisch, Buchnummer 7264 und Georg Müller aus Brand bei Freiberg wegen Streikbruch aus dem Verbande ausgeschlossen.

Es ist vielfach beobachtet worden, daß die Ortsverwaltungen die Lokalgeldente an nicht bezugsberechtigte Reisende in das Mitgliedsbuch eintragen. Dieses ist nicht statthaft. Diese Kubriren sind nur für die lokalen Unterntütigungen der am Orte anässigen Mitglieder. Da diese Geschenk nicht aufgerechnet werden, so erübrigt sich eine Eintragung in das Mitgliedsbuch oder Karte.

Als verloren gemeldet wurden die Mitgliedsbücher: Nr. 8189 (Johann Lange-Stuttgart) und Nr. 1573 (Adam Sager-Berlin). Diese Bücher sind für ungnütig erklärt.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Adresse des Kollegen Waldemar Müller, Buchnummer 6722, der Ortsverwaltung Altenburg, S.-A., mitzuteilen.

Der Vorstand.

Einsendungen der Verwaltungskstellen im Monat Februar 1910.

M.		M.	
Wieder	448,06	Bürgel	250,-
Potsdam	90,-	Saimober	200,-
Frankfurt a. M.	200,-	Samburg	300,-
Örtlich	60,-	Hlm	200,-
Obershausen	300,-	Magdeburg	200,-
Königsblüte	20,-	Entheim	500,-
Offenbach	1600,-		

Alfred Niesel, Hauptkassierer.

Briefkasten der Redaktion.

B. in Örtlich. Für die Parteipresse war der Artikel auch vorzüglich geeignet und zweckentsprechend, für unser Blatt hingegen weniger wichtig. Besten Gruß. F. M. — F. S. in Offenbach. Eingefandt erscheint in nächster Nummer.

Bücherschau.

Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung liegt nunmehr komplett vor, nachdem auch der dritte Teil zur Ausgabe gelangt ist.

Die vorher erschienenen Bände: 1. Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes, 2. Die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin, haben in der Presse eingehende Beachtung und vielfach lobende Besprechungen erzielt. Nicht minder interessant ist der dritte Band, der den Untertitel führt: „Fünfzehn Jahre Arbeiterbewegung unter dem gemeinen Recht“. Die wichtigsten Vorgänge innerhalb der Berliner Arbeiterbewegung bis in die neueste Zeit werden in diesem Bande in Wort und Bild gewürdigt und es ist von größtem Interesse für jeden Mitkämpfer, sich diese Ereignisse, bei denen der vielleicht mitgewirkt hat, ins Gedächtnis zurückzurufen. Jeder Parteigenosse sollte die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung lesen, sie lehrt den Weg erkennen, der der Arbeiterbewegung zur Erreichung ihres Zieles vorgezeichnet ist. Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung kostet pro Band broschiert 6 Mk., in Leinen gebunden 6,50 Mk., in Halbfranz 7,50 Mk. Außerdem ist jeder Band in je 17 Heften a 30 Pf. durch alle Buchhandlungen, Speditoren und Zeitungsausdräger zu beziehen. Ausführliche Prospekte versendet kostenlos der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.

Arbeiterbibliotheken sollten nicht veräumen, sich den soeben erschienenen Band 2 des 13. Jahrganges der Zeitschrift „In Freien Stunden“ anzuschaffen. Von vielen Bibliothekaren haben wir gehört, daß diese Bände sehr gern gelesen werden und infolgedessen die Nachfrage eine rege ist. Der Inhalt des zuletzt erschienenen Bandes ist wieder außerordentlich reichhaltig. Als Hauptroman ist Stefan vom Grillenhof von Minna Maatsky abgedruckt. Außerdem sind die Novellen „Es lebe die Gerechtigkeit“ von Theodor Wülfge, die Skizze „Eine Stunde im Leuchtturm“ von Moritz Hartmann, sowie viele kleine Episoden und kurze Aufsätze populär wissenschaftlicher Natur veröffentlicht. In der Rubrik Wit und Scherz sind die besten Witze der bekannten deutschen Witzblätter nachgedruckt.

Der Preis ist in Leinen gebunden 3,50 Mk., in Halbfranz 4 Mk. Alle Buchhandlungen, Speditoren und Postporture nehmen Bestellungen entgegen. Wegen eines Verzeichnisses der früher erschienenen und noch vorrätigen Halbjahresbände wende man sich an den Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Kommunale Praxis. Die uns vorliegenden Hefte 7 und 8 bieten eine reiche Auslese kommunalpolitischer Abhandlungen und Nachrichten aus allen Teilen Deutschlands.

Besonders hervorheben wollen wir folgende Artikel: Ein Konflikt zwischen Staat und Kirche; Gemeindefiskal; Der Rixdorfer Wahlrechtsstreit vor dem Oberverwaltungsgericht, von Rechtsanwalt Wolfgang Peine, Berlin; Neuegelung der Gemeindefiskalisten.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 Mk. Alle Postanstalten, Buchhandlungen und Zeitungsspeditionen nehmen Bestellungen entgegen. Probenummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen a 30 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von W. Vork u. Co. m. b. H., München.

Soeben ist die 5. und 6. Lieferung des Handbuchs erschienen. Es werden darin behandelt: Elsaß-Lothringen — Finanzwesen der Partei —

Reichsnot — Frauenagitation — Frauenkonferenzen — Frauenorganisation — Frauenwahlrecht — Freie Stunden (Zeitschrift) — Fremdwörtergebrauch — Friedensbestrebungen — Genossenschaftswesen — Geschäftsordnung der Parteitage — Geschlossene Sitzungen des Parteitage — Geschäftsordnungen — Gewerbeberichte — Gewerbeordnung — Gewerbeinspektion — Gewerkschaftsbewegung. Eine ausführliche Behandlung erfahren die Frauenbewegung, die Finanzen der Partei und die Gewerkschaftsbewegung. Sie, wie die anderen Artikel, enthalten eine vorzügliche verwendbare Zusammenstellung des Materials.

„Arbeiter-Jugend“. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 5 heben wir hervor: Selbstmord. Von Joh. Hoffmann-Maierslautern. — Die Entwicklung zum Sozialismus. — Aus meiner Kindheit. (Fortsetzung.) Von Otto Krille. — Kometen und Meteore. — Von Felix Linde (Illustriert). — Der Kampf gegen die Schuldskultur. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz. — Des Wehrlings Leidenschronik. — Von den Begnern usw.

Beilage: Mein Freund Heinrich und ich. Von Aug. Wylhof. — Fremdwörter. Von L. Franz. — Der große Krebs im Mohriner See. Gedicht von Kopisch. — Die Flugmaschine. Von H. Ströb. (Illustriert). — Wie helfe ich mit. Von Adolf Braun. — Krähwinkelgeschichte. Gedicht von Margarethe Beutler. — Der Krieger. Von Robert Grösch.

Adressenänderungen.

Berbt. B. Witz, Janze, Brauhof 7.

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungstermine, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.)

Bauhen. Sonnabend, den 19. März, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Stadt Zittau“.

Dresden. Mittwoch, den 16. März, abends ¼9 Uhr, im Volkshause (großer Saal): Lichtbilder Vortrag.

Anzeigen

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands „Hoffnung“
C. S. 64, Berlin.

Hamburg. Außerordentliche Mitgliederversammlung Sonnabend, den 19. März, abends 9 Uhr, Weisenbinderhof 57 I, Zimmer 2b.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig.
 2. Verschiedenes.
- Die Ortsverwaltung.

Praktischer Fachmann aus der Lederbranche von einer bestingerichteten, andauernd flott beschäftigten Treibriemensfabrik als

Teilhaber

mit einer Einlage von 50 000 Mark gesucht. Sattler, welche über obigen Betrag bar verfügen und beabsichtigen, sich eine angenehme, sichere Existenz zu verschaffen, werden bevorzugt. Das Unternehmen ist nachweislich rentabel und kann die Einlage sichergestellt werden. Angaben von Selbstreferenten unter W. 6935 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Achtung!

Reisereffektensattler.

Die Koffer- und Lederwarenfabriken von Arnabe und Mager in Görlitz haben große Aufträge und brauchen tüchtige Arbeitskräfte.

Die Firma Arnabe sucht in schlesischen und sächsischen Blättern (auch unter Offerten) Sattler auf Rohr-, Felle- und Holzoffer bei hohen (!!!) Akkordlöhnen für dauernd.

Die Bekämpfung und Nichtanerkennung unserer Organisation durch diese Betriebe, sowie die Entlohnung unserer Berufsgenossen in Görlitz ist sprichwörtlich für uns geworden.

Bei Angeboten nach Görlitz ersuchen wir Reflektanten, untenstehende Adresse in Anspruch zu nehmen, welche auf Grund ihres reichhaltigen Materials genügende Auskunft zu geben in der Lage ist.

Die Gauleitung des Sattler- und Portefeuille-Verbandes für Schlesien und Posen.
Görlitz, Brückstr. 24.

Tüchtige Sattler

auf Kuzug- und Faltensoffer

gesucht.

Neuhaus & Rudolph,

Dortmund.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konturmassen, Bombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liere ich: 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück hochfeine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück hochfeine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Kundhaft. — 600 sende franco. — Nichtgenügendes nehme unremittiert zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. — F. S. Weiss, Beckandhaus, Berlin C., Neue Schönhauserstr. 18. Kein Laden, nur 1 Trebbe. — Begründet 1886